

## Volksschulgesetz ist eine «Lex Schwarzbubenland»

**Parolen** Die CVP ist für das harte Rauchverbot

«Unser kompliziertes System ist einzigartig in der Schweiz und genügt nicht mehr», sagte der Solothurner Bildungsdirektor Klaus Fischer vor den Versammelten der CVP Dorneck-Thierstein im Nunninger Altersheim «Stäglen». Er warb für die Reform der Sekundarstufe eins. Auf sechs Jahre Primarschule sollen im Kanton Solothurn nur noch vier verschiedene Sekundarschulen folgen. «Das schafft Klarheit anstelle der riesigen Vielfalt», betonte Fischer. Damit könnten die Sekundarschüler besser auf das Gymnasium und auf eine Berufsausbildung vorbereitet werden. Zudem sollen Sekundarschulzentren gebildet werden, mit denen die Qualität gesteigert werden könne. «Die Reform entspricht dem Willen des Volkes nach einer Harmonisierung des Bildungssystems», erklärte Fischer.

### Baselbiet muss wohl nachziehen

Bei dieser Harmonisierung will der Kanton Baselland nicht mitmachen. Da Schüler aus dem Schwarzbubenland dort weiterführende Schulen besuchen, bleiben deshalb die Schulen der Amtei Dorneck-Thierstein auf die Abnehmerschulen im Nachbarkanton abgestimmt. «Ja, es ist ein bisschen eine «Lex Schwarzbubenland», sagte der Bildungsdirektor.

«Wir sind nach Basel orientiert», betonte darauf ein Versammlungsteilnehmer und äusserte Bedenken, dass das Gymnasium Laufen durch die Re-

form gefährdet werden könne. Der Dittinger Nationalrat Walter Jermann widersprach vehement. Das Baselbiet könne sich der Harmonisierung nicht mehr lange verweigern. «Der fortschrittliche Kanton Baselland ist in dieser Angelegenheit ein Hinterwäldler.» Die Delegierten beschlossen die Ja-Parole zur Änderung des Volksschulgesetzes.

### Ja zum Rauchverbot

Auf den Tischen, an denen die CVP-Mitglieder sassen, standen viele Aschenbecher – kein einziger wurde gebraucht. Das will die CVP Dorneck-Thierstein nun im Gesetz verankern: Sie empfiehlt, das Rauchen auch in Gastronomiebetrieben zu verbieten.

Weniger deutlich wurde die Ja-Parole zum Osthilfegesetz beschlossen: mit 24 zu 8 Stimmen. In einer hitzigen Diskussion überzeugte Jermann schliesslich mit seinen Argumenten: «Wir stärken die Beziehungen zu Europa» oder: «Von der Osthilfe werden schweizerische Unternehmen direkt profitieren.»

Beim Bundesgesetz über die Familienzulagen äusserte sich Jermann erst in der Diskussionsrunde: «Ich kann mir vorstellen, dass ihr damit ein Eigengoal schieisst, weil der Arbeitgeber die Familienzulagen zu einem Teil auf den Arbeitnehmer abwälzen kann.» Damit konnte er die Versammlungsteilnehmer aber nicht für sich gewinnen: Mit 32 gegen eine Stimme wurde die Ja-Parole gefasst. (ÖPF)

